

Doppelte Staatsbürgerschaft

Doppelbürger sind kein Risiko

Gastkommentarvon JOACHIM BLATTER
und ANDREA SCHLENKER

Die SVP will mit verschiedenen Vorstössen die doppelte Staatsbürgerschaft einschränken. Zuerst einmal gilt es klarzustellen, dass entgegen den Argumentationen der SVP der Zugang zu Sozialleistungen in keiner Weise mit der Staatsbürgerschaft verbunden ist. Das Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft hätte also keinerlei Einfluss auf einen etwaigen Missbrauch von Sozialleistungen. Aber vielleicht stellen Doppelbürgerinnen und Doppelbürger eine Gefahr für die Demokratie dar? Während bis Mitte des 20. Jahrhunderts doppelte Staatsbürgerschaft im internationalen Recht und von den meisten Ländern in ihrer nationalen Gesetzgebung abgelehnt wurde, hat sich dies in den letzten 20 Jahren radikal geändert. Sowohl im internationalen Recht wie auch in immer mehr Ländern wird doppelte Staatsbürgerschaft inzwischen akzeptiert oder toleriert.

Die Schweiz gesellte sich in dieser Hinsicht für einmal nicht zu den Nachzählern, sondern zur Avantgarde, denn sie akzeptiert doppelte Staatsbürgerschaft bereits seit 1992, so dass heute über 10 Prozent aller Schweizer und gut 75 Prozent aller Auslandschweizer einen weiteren Pass besitzen. Die Vorstösse der SVP gefährden nicht nur deren Status, sondern auch die Vorreiterrolle der Schweiz, da sie auf ungerechtfertigten Befürchtungen basieren und die Chancen für die Schweizer Demokratie, die mit der Akzeptanz der Doppelbürgerschaft einhergehen, ignorieren. Dies wollen wir im Folgenden genauer erläutern.

Wie steht es mit den behaupteten Gefährdungen für die Schweizer Demokratie? Wenn man migrationsbezogene und sozioökonomische Faktoren konstant hält, sind Doppelbürger politisch deutlich aktiver und fühlen sich mit der Schweiz verbundener als in der Schweiz lebende Ausländer. Sie unterscheiden sich jedoch nicht signifikant von Schweizern ohne zweiten Pass. Doppelbürger interessieren sich im Durchschnitt nicht weniger für Schweizer Politik als diese, beteiligen sich an politischen Entscheidungen im selben Ausmass und fühlen sich gleich stark mit der Schweiz verbunden. Diese Ergebnisse einer vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Umfrage im Rahmen eines Forschungsprojekts an der Universität Luzern zeigen deutlich, dass ein zweiter Pass demokratische Beteiligung in und Loyalität gegenüber der Schweiz nicht gefährdet.

Darüber hinaus scheint auch politisches Engagement in und Identifikation mit einem anderen Land kein Problem darzustellen. Ganz im Gegenteil: Jene, die sich in einem Land beteiligen und

Loyalität bekunden, sind stärker geneigt, dies auch im anderen Land zu tun. Transnationale Loyalitäten sind damit keine Gefährdung für nationale Demokratien, sondern bereichern diese.

Was würde die Schweiz verlieren, wenn sie die Doppelbürgerschaft einschränken würde? In empirischen Untersuchungen hat sich gezeigt, dass die Möglichkeit, die ursprüngliche Nationalität zu behalten, die Motivation zur Einbürgerung deutlich erhöht. Dies bedeutet, dass sich bei einer Einschränkung der Doppelbürgerschaft der bereits sehr geringe Anteil der Einbürgerungen in der Schweiz – gemessen an der Anzahl der ausländischen Bevölkerung – noch weiter reduzieren würde. Angesichts der gegenwärtig kaum vorhandenen Bereitschaft zur Einführung eines Ausländerstimmrechtes würde dies das gravierendste Demokratiedefizit der Schweiz noch vergrössern. Bereits heute besitzt jeder vierte erwachsene Einwohner bzw. jede vierte erwachsene Einwohnerin der Schweiz kein Mitbestimmungsrecht, obwohl er oder sie den Gesetzen und dem Gewaltmonopol der Eidgenossenschaft unterworfen ist.

Doppelbürger können zudem in der heutigen verflochtenen Welt einen Gewinn für jede Demokratie sein, da sie ein besseres Sensorium für die Interessen derjenigen haben, die von nationalstaatlicher Politik stark betroffen sind, aber jenseits der Grenzen leben. Angesichts der grenzüberschreitenden Verflechtungen und Abhängigkeiten wird die Berücksichtigung aller stark betroffenen Interessen auch jenseits der nationalen Grenzen zu einem grundlegenden Prinzip demokratischer Selbst- und Mitbestimmung. Die Repräsentation dieser externen Interessen u. a. durch Doppelbürger im Prozess der nationalstaatlichen Willensbildung ist auch im langfristigen Interesse jedes Landes, so auch der Schweiz. So könnte die Ignoranz gegenüber den legitimen Interessen anderer Völker reduziert werden.

Eine solche Ignoranz zeigte sich in der Schweiz insbesondere beim Thema Bankgeheimnis. Wenn sich die Schweiz in Zukunft ersparen möchte, wieder in die Position eines *Parias* der Weltgemeinschaft zu geraten und dann zu einem demütigenden *Kotau* gezwungen zu werden, dann sollte sie Doppelbürger als Gewinn und nicht als Bedrohung betrachten.

—
Joachim Blatter ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Luzern, Andrea Schlenker ist Oberassistentin am Seminar für Politikwissenschaft der Universität Luzern.